

# Dr. Eva Högl MdB

Juristinnen machen Karriere – wir stellen sie vor

Das Interview führten Katharina Erdmenger und Katharina Wolf am 28. Mai 2011 in Berlin.

Freitag, es ist Nachmittag lange nach eins in einer altehrwürdigen Berliner Innenstadt-Eck-Kneipe in Mitte: wir sitzen zusammen mit Eva Högl, die uns ganz entspannt und fröhlich zwischen zwei Terminen ein Interview gibt. Die Bundestagsabgeordnete ist gewohnt, auf Fragen knapp und präzise zu antworten, und so arbeiten wir unseren Fragenkatalog zügig durch. djb-Mitglied seit? Ach, da müsst ihr bitte die Geschäftsstelle fragen. Irgendwann im Zusammenhang mit der Gründung der Regionalgruppe Osnabrück. Europabegeistert seit? Ja, das weiß sie noch genau. Es war während des Erasmusstudiums in Holland. Dort hat sie auch erst richtig Interesse an Jura bekommen. Erst unsere Frage zum Schluss nach dem Engagement für Frauen im Strafvollzug zeigt eine über sich selbst überraschte Frau, die in unserem Gespräch freudig erkennt, wo sich lose Enden aus dem eigenen Berufsleben neu zusammenknüpfen lassen. Mit Schwung und sichtlich innerer Freude gehen wir auseinander und sie weiter ihrer Wege.

In der ersten Fragerunde ging es um einen Blick zurück. Neben der klassischen Frage danach, wie sie zur Juristerei gekommen ist, wollten wir wissen, welche beruflichen Stationen sie durchlief und wie sich diese einzeln entwickelten, ob und welche Netzwerke sie nutze, ob und inwieweit Parallelitäten oder widerstreitende Ereignisse erkennbar werden. Die Präferenzen Deutsch und Latein erschienen Eva Högl angesichts der beruflichen Chancen im Lehramt nicht rosig. Erst der durch ein Erasmus-Stipendium ermöglichte Wechsel an die Uni Leiden in den Niederlanden erschloss ihr sich der Reiz der Rechtswissenschaften, insbesondere durch die konkrete Beschäftigung mit Europa, Menschenrechten und internationalen Beziehungen. Nach dem Ersten Examen in Osnabrück promovierte Eva Högl über das durch den Vertrag von Maastricht eingeführte Sozialpaket und das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“. Auch wenn sich Eva Högl in Deutschland einen Namen als Arbeits- und Sozialrechtlerin gemacht hat, stand doch Europa am Anfang. Schon in der Promotion führte sie dann beides zusammen.

Parallel dazu engagierte sie sich mit den Themen Europa, soziale Gerechtigkeit den damals hochaktuellen frauenpolitischen Fragen rund um § 218 StGB in der parteipolitischen Arbeit.

Auch wenn die Tätigkeit als Arbeitsrichterin durchaus lockte, entschied sie sich letztlich doch für das Angebot des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), die neue Programmpla-

Dr. Eva Högl, MdB, geboren am 6. Januar 1969 in Osnabrück, studierte Rechtswissenschaften in Osnabrück und Leiden (NL). Nach ihrem Ersten juristischen Staatsexamen 1994 war sie von 1995 bis 1996 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Osnabrück und promovierte 1997 über europäisches Arbeits- und Sozialrecht. Im Anschluss an das Zweite juristische Staatsexamen 1999 war sie bis 2006 als Referentin im Bundesministerium für Arbeit tätig und bis 2009 Leiterin des Referats „Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ und Europabeauftragte im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Am 12. Januar 2009 rückte Dr. Eva Högl über die Landesliste der Berliner SPD in den Deutschen Bundestag nach. Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 wurde sie im Wahlkreis Berlin-Mitte direkt in den Bundestag gewählt. Sie ist stellvertretende europapolitische und ebenfalls stellvertretende rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und als solche Mitglied im Rechtsausschuss und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Sie ist Sprecherin des Netzwerks Berlin, Vize-Präsidentin der Europa-Union Deutschland, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Berlin und Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Berlin.

Sie ist verheiratet mit Dipl.-Ing. Jörg Högl, Architekt.

1995 trat sie dem djb bei und arbeitete bereits in verschiedenen Kommissionen des djb mit – seit 2001 in der Kommission Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht.

nung zum Europäischen Sozialfonds (ESF) mit aufzubauen. In der Folge konnte sie Europa und Arbeits- und Sozialrecht auch in den weiteren Tätigkeiten als Referatsleiterin Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und als Referatsleiterin Europäisches Arbeits- und Sozialrecht miteinander verknüpfen. Erst als Nachrückerin und seit 2009 als direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Berlin-Mitte sitzt sie im Bundestag. Im EU-Ausschuss betreut sie die Rechtsthemen, im Rechtsausschuss die Europathe-men.

Auch wenn sich Europa-, Arbeits- und Sozialrecht als roter Faden durch Studium und Berufsleben zieht, hat Eva Högl ihre beruflichen Erfahrungen in sehr unterschiedlichen Stationen gesammelt. Wir fragten daher danach, wie der berufliche Aufstieg gelungen ist, welche Hindernisse und Unterstützungen sie erlebte. Rückblickend sieht sie sich überwiegend von



Männern gefördert, sowohl in Beruf wie Politik und vor allem im Hinblick auf „Karrieretechnik“. Gleichwohl habe sie immer Frauennetzwerke gesucht. Die inhaltlichen Debatten unter Frauen schätze sie sehr, und aus diesen Zusammenhängen stammten ihre weiblichen Vorbilder.

In der zweiten Fragerunde ging es um die Gegenwart: Welche Themen liegen ihr derzeit besonders am Herzen? Wofür setzt sie sich ein, und wo kann sie ihr Engagement am besten voranbringen?

Bei der Bekämpfung des Menschenhandels wünscht sie sich einen besseren Opferschutz, ein verbessertes Aufenthaltsrecht, die Erlaubnispflicht für Bordelle. Das Beispiel der USA, Menschenhandelsopfern nicht nur eine Aufenthalts- sondern auch eine Arbeitserlaubnis zu geben, hält sie für den richtigen Ansatz.

Frauenquote in Führungspositionen und Entgeltgleichheit sind ihrer Meinung nach derzeit die beiden wichtigsten Frauenthemata. Das von Kommissarin Reding angekündigte Vorgehen, bei Ausbleiben von Fortschritten demnächst europarechtliche Vorgaben zu machen, unterstützt sie sehr. National hält sie eine gesetzliche Regelung für erforderlich. Sie ist beeindruckt von der aktuellen Arbeit des djb sowie der wissenschaftlichen Arbeit von Heide Pfarr und Karin Tondorf. Beides liefere derzeit publikumswirksam wichtige Argumente für die Meinungsbildung. Sie bedauert, dass es bei der Mutterschutzrichtlinie und der Antidiskriminierungsrichtlinie nicht vorangeht.

Ein besonderes Anliegen von ihr ist es, die Europakompetenz der Fachausschüsse im Bundestag zu stärken.

Als Mitglied des Europaausschusses hat sie auch die neuen Rechte von Bundestag und Bundesländern, die ihre Basis im Vertrag von Lissabon und den deutschen Begleitgesetzen haben, im Blick. Die neuen Normen würden noch nicht optimal ange-

wendet. So zeige das Beispiel des Euro-Rettungsschirms, dass die Bundesregierung noch ein anderes Verständnis von ihrer Pflicht zur frühzeitigen umfassenden Information habe als der Bundestag. Der Bundestag habe auf sein Informationsbedürfnis entsprechend mit einem eigenen Büro in Brüssel sowie informellen Kontakten zum Europäischen Parlament (EP) und den EP-Abgeordneten reagiert. Auch müsse das Zusammenspiel der nationalen Parlamente untereinander verbessert werden.

In der letzten Fragerunde ging der Blick in die Zukunft. Wir wollten wissen, was sie noch in Zukunft erreichen möchte. Was ist noch offen? Wie setzt sie sich dafür ein? Wie schätzt sie die Erfolgsaussichten ein? Auf welche früheren Erfahrungen kann sie bauen, diese nutzbar machen.

Ihr wesentlicher Wunsch ist es, die prekären Arbeitsverhältnisse zu beenden. Dazu ist ein ganzer Strauß von Veränderungen nötig, sie benennt zum Beispiel das Entgelt, die soziale Absicherung. Sie wolle den „ganz normalen Frauen“, denen, die im Niedriglohnsektor arbeiten und gleichzeitig eine Familie managen, mehr und bessere Chancen im Leben verschaffen.

Wir fragen sie, ob ihrer Meinung nach die Tatsache, dass nun eine Frau Bundeskanzlerin sei, insgesamt für Frauen in der Gesellschaft etwas verändert habe. Das bejaht sie sofort und entschieden: Frauen in Führungspositionen seien wichtig und verändern immer sehr viel: in der Politik wie in Wirtschaft und Wissenschaft. Als Zukunftsvision wünscht sie sich ein echtes 50:50 überall.

Als etwas einfacher zu erreichender Wunsch benennt sie die Schaffung von Schutzräumen für Frauen: Es sei wichtig, dass Frauen untereinander kommunizierten, Erfahrungen austauschten, voneinander lernten. Dafür müsse man gezielt Möglichkeiten schaffen.

## Impressum

### Schriftleitung:

Anke Gimbal, Rechtsassessorin (V.i.S.d.P.)  
Juliane Lindner

### Redaktionsanschrift:

Deutscher Juristinnenbund e. V.  
Anklamer Str. 38  
10115 Berlin  
Telefon: 030 443270-0  
Telefax: 030 443270-22  
E-Mail: [geschaeftsstelle@djb.de](mailto:geschaeftsstelle@djb.de)

### Druck und Verlag:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestr. 3-5  
D-76530 Baden-Baden  
Telefon: 07221 2104-0  
Telefax: 07221 2104-27

### Anzeigenverwaltung und

#### Anzeigenannahme:

Sales friendly, Verlagssdienstleistungen  
Bettina Roos  
Siegburgerstr. 123  
D-53229 Bonn  
Telefon: 0228 97898-0  
Telefax: 0228 97898-20  
E-Mail: [roos@sales-friendly.de](mailto:roos@sales-friendly.de)

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages.

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung wiedergeben. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Ver-

lags. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

### Erscheinungsweise:

vierteljährlich

### Bezugspreis 2011:

jährlich 48,- €, Einzelheft 13,- €

Alle Preise zzgl. Vertriebs-Direktbeordnungsgebühren inkl. MwSt.;

Bestellungen nehmen entgegen:

Der Buchhandel und der Verlag; Kündigung jeweils drei Monate zum Kalenderjahresende.

Zahlungen jeweils im Voraus an:

Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe, Konto 7363651 (BLZ 66010075) oder Sparkasse Baden-Baden, Konto 5002266 (BLZ 66250030).